



KANTON
NIDWALDEN

REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

TEILREVISION DES GESETZES ÜBER DAS KANTONS- UND DAS GEMEINDEBÜRGER- RECHT (KANTONALES BÜRGERRECHTS- GESETZ, KBÜG)

Auswertung externe Vernehmlassung

| | | | | | |
|--------------|---|---------|--|----------------|----------------|
| Titel: | TEILREVISION DES GESETZES ÜBER DAS KANTONS- UND DAS GEMEINDEBÜRGERRECHT (KANTONALES BÜRGERRECHTSGESETZ, KBÜG) | Typ: | | Version: | |
| Thema: | Auswertung externe Vernehmlassung | Klasse: | | FreigabeDatum: | 16.04.25 |
| Autor: | | Status: | | DruckDatum: | |
| Ablage/Name: | kBüG | | | Registratur: | 2022.NWJSD.206 |

Inhalt

| | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Abkürzungsverzeichnis..... | 4 |
| 1.1 | Parteien..... | 4 |
| 1.2 | Politische Gemeinden..... | 4 |
| 1.3 | Andere..... | 4 |
| 2 | Einleitung..... | 5 |
| 3 | Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse..... | 5 |
| 4 | Auswertung der Vernehmlassung..... | 5 |

1 Abkürzungsverzeichnis

1.1 Parteien

| | |
|--------|----------------------------|
| Mitte | Die Mitte |
| GP | Grüne Partei |
| GLP | Grünliberale Partei |
| SP | Sozialdemokratische Partei |
| SVP | Schweizerische Volkspartei |
| FDP | FDP.Die Liberalen |
| JFNW | Jungfreisinnige Nidwalden |
| JMitte | Die Junge Mitte |
| JSVP | Junge SVP Nidwalden |

1.2 Politische Gemeinden

| | |
|-----|-----------------|
| BEC | Beckenried |
| BUO | Buochs |
| DAL | Dallenwil |
| EMT | Emmetten |
| EBÜ | Ennetbürgen |
| EMO | Ennetmoos |
| HER | Hergiswil |
| ODO | Oberdorf |
| STA | Stans |
| SST | Stansstad |
| WOL | Wolfenschiessen |

1.3 Andere

| | |
|-----|------------------------------|
| GPK | Gemeindepräsidentenkonferenz |
|-----|------------------------------|

2 Einleitung

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 630 vom 15. Oktober 2024 den Entwurf zur Teilrevision des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (Kantonales Bürgerrechtsgesetz, kBÜG) zuhanden der externen Vernehmlassung verabschiedet. Die Vernehmlassung dauerte von 20. Oktober 2024 bis 17. Januar 2025.

3 Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse

Folgende Stellungnahmen gingen ein:

| Vernehmlassungsteilnehmende | Stellungnahme | Verzicht | Keine Antwort |
|-----------------------------|---|----------|--------------------|
| Parteien | FDP, MITTE, SVP, SP, GLP | - | JFNW, JMitte, JSVP |
| Politische Gemeinden | BEC, BUO, DAL, EMT, EBÜ, EMO, HER, ODO, STA, SST, WOL | - | - |
| Andere | | - | GPK |
| Total | 16 | 0 | 4 |

| | Stellungnahmen | Verzicht | Keine Antwort |
|-----------------------------|----------------|----------|---------------|
| Politische Parteien | 5 | 0 | 3 |
| Politische Gemeinden | 11 | 0 | 0 |
| Andere | 0 | 0 | 1 |
| Total | 16 | 0 | 4 |

Die Vorlage wurde insgesamt sehr positiv aufgenommen; es konnte eine deutliche Akzeptanz festgestellt werden.

Die Anträge und Hinweise aus der Vernehmlassung wurden im Detail geprüft; sowohl für das Gesetz als auch die Verordnung sind im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage keine Änderungen vorgesehen. Die Einwände sind abzulehnen. Die jeweilige Begründung ist aus der untenstehenden Tabelle zu entnehmen. Der Bericht wurde nicht geändert.

4 Auswertung der Vernehmlassung

| Bemerkung | Wer | Stellungnahme |
|--|--|---|
| Die Teilrevision wird vollumfänglich unterstützt. | FDP, Mitte, SP, GLP, BEC, BUO, DAL, EMO, ENT, ODO, STA, SST, WOL | Kenntnisnahme |
| Zustimmung mit Einwänden | GP, EMT, HER | Kenntnisnahme Auf die einzelnen Einwände wird nachfolgend eingegangen. |
| Unterstützung der Anpassungen auf kantonaler Ebene, aber nicht auf kommunaler; die Gemeindeversammlung soll mitbestimmen | SVP | Ablehnung Die Einbürgerungsgesuche werden zuerst von einer Einbürgerungskommission umfassend beurteilt und erst bei deren Gutheissung der |

| | | |
|--|----------|--|
| | | <p>Gemeindeversammlung vorgelegt. Die Zustimmung zur Erteilung des kommunalen Bürgerrechts durch die Gemeindeversammlung ist ein formeller Akt ohne eigentliches Mitspracherecht. Aus diesem Grund soll die Zusicherung des kommunalen Bürgerrechts künftig nicht mehr durch die Gemeindeversammlung erfolgen.</p> |
| <p>Einbürgerungsverfahren für Schweizer soll nicht vereinfacht werden: Abklärung Sozialhilfe und Arbeitslosenkasse, Lebenslauf</p> | SVP, HER | <p>Ablehnung Es ist kein sachlicher Grund erkennbar, warum das Einbürgerungsverfahren für Schweizer Bürger nicht vereinfacht werden sollte. Da es sich bei diesen Bewerberinnen und Bewerber um Personen handelt, die die Schweizer Staatsbürgerschaft bereits besitzen, ist für diese Personengruppe die kommunale Einbürgerung hinsichtlich der Voraussetzungen und der einzureichenden Unterlagen zu vereinfachen. Die Einbürgerungskommission kann sich anlässlich eines persönlichen Gesprächs – welches protokolliert wird – einen umfassenden Eindruck von Schweizer Bewerberinnen und Bewerbern machen.</p> |
| <p>Einbürgerungsgebühren sollen gesenkt werden</p> | GP | <p>Ablehnung Die Verkürzung des gesamten Einbürgerungsverfahrens durch die neuen Zuständigkeiten bringen keine Kosteneinsparungen mit sich. Es müssen nach wie vor die gleichen Abklärungs- und Koordinationsarbeiten ausgeführt werden. Deshalb ist von einer generellen Kostenreduktion abzusehen. Im Weiteren war eine Kostenreduktion nicht Bestandteil der beiden Motionen, welche die Grundlage dieser Vorlage bilden.</p> |
| <p>Art. 7a Ziff. 1c: nicht nur Verständigung in deutscher Sprache, sondern in Landessprache</p> | GP, EMO | <p>Ablehnung Die Vereinfachung des kommunalen Einbürgerungsverfahrens für Schweizer Bewerberinnen und Bewerber beinhaltet nicht den Verzicht eines Sprachnachweises in deutscher Sprache, da diese im Kanton Nidwalden die Amtssprache ist.</p> |
| <p>Motion von LR Verena Zemp wird unterstützt (Kürzung Aufenthaltsdauer, Erlass Einbürgerungsgebühren Kinder)</p> | GLP | <p>Ablehnung Die entsprechende Motion (Zemp) wird zurzeit separat bearbeitet und ist nicht Bestandteil der vorliegenden Teilrevision.</p> |

| | | |
|--|------------|---|
| <p>Die Anzahl von mindestens fünf Mitglieder der Einbürgerungskommission erscheint sehr hoch. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, 3 bis 5 Mitglieder zu wählen.</p> | <p>EMT</p> | <p>Ablehnung Die Anzahl ist auf fünf Mitglieder zu belassen, um eine breite Abstützung des entsprechenden Entscheids sicherzustellen – insbesondere nach der Änderung der Zuständigkeit (Exekutive statt Legislative).</p> |
| <p>Die fixe Formulierung, dass ein Gemeinderat der Einbürgerungskommission angehören muss, soll gelockert werden durch eine KANN-Formulierung</p> | <p>EMT</p> | <p>Ablehnung Da der Gemeinderat neben seinen Vollzug- und Verwaltungsaufgaben die Gemeinde auch nach aussen vertritt, soll der Einbürgerungskommission mindestens ein Gemeinderat angehören. Dies, um den Entscheid um Zusicherung des kommunalen Bürgerrechts, "im Namen der Gemeinde" nach Aussen abzustützen.</p> |

REGIERUNGSRAT NIDWALDEN

Landammann

Res Schmid

Landschreiber

Armin Eberli